

neue. praxis

Zeitschrift für
Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik

Sonderheft 13

Albert Scherr/Gökçen Yüksel (Hrsg.)

Flucht, Sozialstaat und Soziale Arbeit

www.verlag-neue-praxis.de

verlag | neue.
praxis

np
Sonderheft

Bibliografische Informationen Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar

Alle Rechte vorbehalten

© 2016 Verlag neue praxis GmbH, Lahnstein

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verbreitung in elektronischen Systemen.

Satz: MedienServiceCenter Ute C. Renda-Becker, Lahnstein + Neuwied.

Druck: rewi druckhaus, Reiner Winters GmbH, 57537 Wissen/Sieg

Printed in Germany, September 2016

Inhalt

Flucht, Sozialstaat und Soziale Arbeit

Albert Scherr/Gökçen Yüksel

Vorwort

3

Gesellschaftliche Kontexte

Albert Scherr

Sozialstaat, Soziale Arbeit und die Grenzen der Hilfe

9

Franz Hamburger

Von der Willkommenskultur zum Schießbefehl. Ein nicht nur polemischer Kommentar

21

Frank-Olaf Radtke

Zwischen Solidarität und Souveränität. Untaugliche Selbstbeschreibungen in der Weltgesellschaft

36

Patrice G. Poutrus

Aus der Geschichte lernen? Zum Erkenntniswert des historischen Beispiels Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Mittel- und Osteuropa

50

Elias Steinhilper/Larissa Fleischmann

Die Ambivalenzen eines neuen Dispositivs der Hilfe: zur Rolle der Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen seit dem langen Sommer der Migration

60

Integration von Flüchtlingen: Erfordernisse, rechtliche und sozialpolitische Rahmenbedingungen

Susanne Johansson/David Schiefer

Die Lebenssituation von Flüchtlingen in Deutschland – Überblick über ein (bisheriges) Randgebiet der Migrationsforschung

73

David Werdermann

Rechtliche Grundlagen der Teilhabe und Ausgrenzung von Flüchtlingen

86

Karin Scherschel

Aktivierende Arbeitsmarktpolitik im Asyl- und Fluchtcontext und die Rolle Sozialer Arbeit

96

Kommunale Konzepte und Praktiken

Jutta Aumüller

Kommunale Integration von Flüchtlingen: Konzepte und Praktiken

106

<i>Marcus Emmerich/Ulrike Hormel/Judith Jording</i> Des-/Integration durch Bildung? Flucht und Migration als Bezugsprobleme kommunalen Bildungsmanagements	115
Soziale Arbeit mit Flüchtlingen: Theoretische Rahmungen und Empirie	
<i>Norbert Struck</i> Flüchtlinge in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe	126
<i>Sybille De la Rosa</i> Soziale Arbeit mit Geflüchteten als politische Praxis und demokratische Entwicklungshilfe	136
<i>Niels Espenhorst</i> Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in die Kinder- und Jugendhilfe: ein Rückblick auf die letzten zehn Jahre	145
<i>Sebastian Muy</i> Interessenkonflikte Sozialer Arbeit in Sammelunterkünften gewerblicher Träger – Ergebnisse einer Fallstudie	157
AutorInnenverzeichnis	167

Albert Scherr/Gökçen Yüksel

Vorwort

In der Zunahme der Flüchtlingsbewegungen nach Europa seit 2014 wird die Kehrseite eines fortgeschrittenen Globalisierungsprozesses deutlich: Flüchtlinge versuchen Kriegen, der Gewalt und Verfolgung in diktatorischen Regimen zu entkommen, in deren Etablierung die westlichen Industrienationen direkt oder indirekt verstrickt sind,¹ aber auch den Folgen der Zerstörung ihrer Lebensbedingungen durch die Durchsetzung des Weltmarkts in Regionen, deren Ökonomie der internationalen Konkurrenz nicht standhalten kann. Die Zunahme der erzwungenen Migration im Globalisierungsprozess ist von sozialwissenschaftlichen Beobachtern erwartet und vorausgesagt worden²: Dies gilt sowohl für die weltweite Migration von ländlichen Regionen in die Slums wachsender Megastädte wie auch für die Migration von den verarmten Regionen des globalen Südens in den globalen Norden. Es zeigt sich, dass Globalisierung keine Einbahnstraße ist, von deren Nutzung die entwickelten westlichen Industrienationen auf Dauer einseitig profitieren können, ohne dass die dramatischen humanen Folgen näher rücken und auch auf dem eigenen Territorium und an seinen Grenzen sichtbar werden.

Die nicht erst seit kurzem vorherrschenden Reaktionen auf diese Entwicklungen beschreibt Zygmunt Bauman (2007: 64 ff.) pointiert wie folgt:

»Flüchtlinge sind der Inbegriff von ›menschlichem Abfall‹, weil sie in dem Land, in dem sie angekommen sind und bleiben, keine nützliche Funktion erfüllen und man weder beabsichtigt noch in Aussicht stellt, sie in die neue Gesellschaft einzugliedern. [...] Wo immer sie auch hingehen, Flüchtlinge sind unerwünscht und bekommen das auch zu spüren. [...] Die Staatsmänner der Europäischen Union verwenden einen Großteil ihrer Zeit und ihrer Hirnkapazität darauf, immer ausgefeiltere Mechanismen zur Grenzsicherung zu entwerfen sowie die zweckdienlichsten Verfahren zu ersinnen, mit deren Hilfe man diejenigen wieder los wird, denen es auf der Suche nach Nahrung und Unterkunft trotzdem gelungen ist, die Grenzen zu überwinden.«

Dass gleichwohl kein vollständig geschlossenes System der Flüchtlingsabwehr entstanden ist, hat vor allem drei Gründe: *Erstens* begründet die Beanspruchung der Menschenrechte als Wertegrundlage eine Moralität, die es nicht zulässt, das sichtbar werdende Elend der Flüchtlinge einfach zu ignorieren, einem radikalen Zynismus der Ignoranz sind Grenzen gesetzt. *Zweitens* begründen die Genfer Flüchtlingskonvention und die Übernahme ihres Flüchtlingsbegriffs in das europäische und nationale deutsche Recht sowie die UN Kinderrechtskonvention Rechtsansprüche, die politisch nicht beliebig ignoriert werden können und für einen Teil der Flüchtenden auch Chancen auf Aufnahme beinhaltet. *Drittens* misslingt eine perfekte Schließung der Grenzen für unerwünschte Migrant_innen, nicht zuletzt deshalb, weil diese bereit sind, erhebliche Risiken auf sich zu nehmen, aber auch deshalb, weil die Förderung der erwünschten Migration für Arbeitskräfte, ökonomische und wissenschaftliche Eliten sowie Touristen auch Optionen für die Unerwünschten schafft. Gelegentlich werden auch moralische Überzeugungen von Politiker_innen zugunsten von Flüchtenden wirksam, so im Fall der vorübergehenden Grenzöffnung durch Angela Merkel im August 2015.

1 Die Verstrickung der westlichen Demokratien, insbesondere der USA, in die Entwicklungen im Nahen Osten beschreibt Lüders (2016) in instruktiver Weise.

2 S. etwa Castles (2003) und Bauman (2007).

Trotz der einschlägigen sozialwissenschaftlichen Prognosen wurde der Anstieg der Flüchtlingszahlen im Jahr 2015 im politischen Diskurs als ein überraschendes Phänomen dargestellt. In der Folge wurde argumentiert, dass es nicht möglich gewesen sei, rechtzeitig eine zureichende Infrastruktur für die Flüchtlingsaufnahme aufzubauen. Demgegenüber haben Expert_innen mit guten Gründen darauf hingewiesen, dass nicht nur absehbar gewesen sei, dass global die Zahl der Flüchtlinge zunimmt, sondern auch, dass die Fluchtmigration nach Europa infolge des syrischen Bürgerkriegs und der sich zuspitzenden Lage im Nahen Osten ansteigt. In diesem Zusammenhang wurde gegen eine kurzatmige Politik der Krisenbewältigung auch darauf hingewiesen, dass die deutsche und europäische Flüchtlingspolitik die Illusion aufgeben sollte, weitere Fluchtmigration durch Abwehr- und Abschreckungsmaßnahmen verhindern zu können – jedenfalls unter Wahrung elementarerer humanitärer Prinzipien. Eingefordert wurde und wird von Migrations- und Flüchtlingsforscher_innen sowie zivilgesellschaftlichen Initiativen demgegenüber eine solche Flüchtlingspolitik, die menschenrechtliche Prinzipien ernst nimmt sowie die erzwungene Migration zugleich nicht als einen temporären Ausnahmefall betrachtet, sondern als ein Phänomen anerkennt, das unter Bedingungen fortgeschrittener Globalisierung und globaler Ungleichheiten erwartbar ist.

Die damit skizzierte Kritik betrifft nicht nur die Politik von Regierungen und Parteien, sondern auch die Soziale Arbeit. In der Sozialen Arbeit – aber auch in anderen Sozialwissenschaften – hatte der Rückgang der Flüchtlingszahlen Mitte der 1990er Jahre dazu geführt, dass die Fachdiskussion weitgehend eingestellt wurde, was sich darin zeigt, dass seitdem kaum noch einschlägige Veröffentlichungen entstanden waren. Eine eigenständige Flüchtlingsforschung hat sich in Deutschland zunächst nicht – oder nur in der Form von Aktivitäten einzelner Wissenschaftler_innen – entwickelt, anders als im angelsächsischen Sprachraum³; erst seit 2014 sind Ansätze zur ihrer institutionellen Verankerung zu beobachten.⁴

Auch für die Soziale Arbeit war der erneute Anstieg der Flüchtlingszahlen deshalb ein überraschendes Phänomen. Darauf wurde zwar praktisch unmittelbar reagiert, mit der Folge, dass die Soziale Arbeit mit Flüchtlingen innerhalb kurzer Zeit enorm expandiert ist. Dies geschah jedoch, vom Sonderfall der Sozialen Arbeit mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen abgesehen⁵, ohne eine zureichende theoretische und konzeptionelle Fundierung.

*Mit dem vorliegenden Sonderheft soll ein Beitrag zu einer theoretischen Fundierung der Debatte über die Herausforderungen geleistet werden, mit denen Sozialstaat und Soziale Arbeit infolge der Zuwanderung von Flüchtlingen konfrontiert werden.*⁶ Dabei zeigt schon ein oberflächlicher Blick: Die Aufgabenstellung, die Möglichkeiten und die Grenzen Sozialer Arbeit resultieren nicht zuletzt daraus, dass Soziale Arbeit in die politischen und rechtlichen Vorgaben des nationalen Wohlfahrtsstaats verstrickt ist. Und d.h.: Die Soziale Arbeit ist dazu aufgefordert, ihr Selbstverständnis und ihre Handlungsperspektiven in Auseinandersetzung mit einer politischen Rahmung zu bestimmen, die zunehmend deutlicher durch drei Gesichtspunkte bestimmt ist:

3 So existiert u.a. an der Universität Oxford das Refugee Studies Centre; ein Überblick über den Stand der Forschung gibt das *The Oxford Handbook of Refugee and Forced Migration Studies* (Elena Fiddian-Qasmiye et al., 2015).

4 Siehe dazu die Informationen unter <http://fluechtlingsforschung.net/>; außerhalb der institutionell etablierten Wissenschaft hat sich das Netzwerk Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung entwickelt (www.kritnet.org).

5 Dass dieser Bereich eine positive Ausnahme darstellt, ist wesentlich der Arbeit des Bundesfachverbandes Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zu verdanken; siehe dazu den Beitrag von Niels Espenhorst in diesem Sonderheft.

6 Angeregt wurde die Erstellung des Sonderheftes durch Hans-Uwe Otto. Den Autor_innen ist für ihre Bereitschaft zu danken, innerhalb eines recht kurzen Zeitraums substanzielle Beiträge zu verfassen.

- die Verhinderung unerwünschter Migration durch Abwehrmaßnahmen an den nationalen und europäischen Außengrenzen sowie durch eine faktische Vorverlagerung der Migrationskontrolle mittels der Unterstützung afrikanischer Staaten bei Maßnahmen der Grenzsicherung;⁷
- die ideologische und rechtliche Durchsetzung einer Aufteilung in solche Flüchtlinge, denen ein Anspruch auf Aufnahme und Schutz zugesprochen wird und diejenigen, denen legitime Fluchtgründe bestritten werden;
- die Weiterentwicklung von Maßnahmen zur Integration derjenigen, denen eine gute Bleibeperspektive zugesprochen wird, bei gleichzeitiger Forcierung von Maßnahmen, durch die eine Ausreise von Flüchtlingen erzwungen werden soll.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt⁸ kann keine fundierte Einschätzung dazu formuliert werden, wie sich die weitere Entwicklung vollziehen wird, also ob die forcierten Abwehrmaßnahmen gegen unerwünschte Migrant_innen greifen und zu einem Rückgang der Zahlen führen werden sowie welche Tendenzen sich im gesellschaftlichen Diskurs durchsetzen werden. Es ist diesbezüglich keineswegs unwahrscheinlich, dass sich ein nationalistischer Diskurs weiter verstärken wird, der einen Vorrang national gefasster Interessen gegenüber menschenrechtlichen und humanitären Gesichtspunkten offensiv vertritt. Ausgeschlossen werden kann auch nicht, dass die moralischen Hemmschwellen im Hinblick auf Maßnahmen, die zur Abwehr von Flüchtlingen als zulässig gelten, weiter abgesenkt werden. Folgenreich wäre dies nicht allein für Flüchtende, deren Chancen, Europa lebend zu erreichen, sich ebenso reduzieren würden wie ihre Chancen, Aufnahme und Schutz zu finden. Vielmehr würde dies auch den Prozess der »Selbsterstörung ... [der] moralischen Grundlagen für den Aufbau Europas« (Balibar, 2016: 137) durch die faktische Aufkündigung eines Selbstverständnisses der Europäischen Union als den Menschenrechten verpflichtete Wertegemeinschaft weiter fortsetzen.

Für die Soziale Arbeit stellt sich in diesem Kontext die Frage nach einer angemessenen und tragfähigen Positionsbestimmung. Zweifellos kann der Beitrag Sozialer Arbeit zu einer Verbesserung der Situation von Flüchtenden, die sich auf dem Weg nach Europa befinden oder hier bereits angekommen sind, nur begrenzt sein. Denn die Gewährleistung eines angemessenen Flüchtlingsschutzes ist eine gesamtgesellschaftliche und internationale Aufgabe. Unseres Erachtens stellt es aber eine zentrale Bewährungsprobe für die Soziale Arbeit dar, ob sie ihrem Anspruch, solidarisch für die Belange der gesellschaftlich Benachteiligten und Ausgegrenzten einzutreten, im Umgang mit Flüchtenden gerecht zu werden versucht. Dies gilt sowohl für die konkrete Arbeit in Einzelfällen, wie auch für das immer wieder reklamierte politische Mandat der Sozialen Arbeit.

Zu den Beiträgen

In den folgenden Beiträgen wird die Verstrickung der Sozialen Arbeit in den politischen und rechtlichen Rahmen der Flüchtlingspolitik in Hinblick auf unterschiedliche Aspekte analysiert und werden Überlegungen zu einer fachlichen Positionierung entwickelt.

Der einleitende Beitrag von *Sozialstaat, Soziale Arbeit und die Grenzen der Hilfe* von Albert Scherr fokussiert den Widerspruch zwischen einem universalistisch gefassten Verständnis Sozialer Arbeit als Hilfe für Hilfsbedürftige und ihrer Situierung im nationalen Wohlfahrtsstaat. Vor diesem Hintergrund wird argumentiert, dass Soziale Arbeit eine nationalstaatliche Rahmung ihrer Theorien, Konzepte und Praktiken unter Bedingungen fortgeschrittener Globalisierung nicht

⁷ Aktuelle Informationen dazu finden sich in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Niema Movassat, Heike Hänsel, Wolfgang Gehrcke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE; Bundestagdrucksache 18/9025 20.07.2016.

⁸ Dieser Text und die Beiträge zu diesem Sonderheft wurden Mitte August 2016 abgeschlossen.

mehr selbstverständlich voraussetzen kann, sondern aufgefordert ist, deren Konsequenzen, die Verstrickung der Sozialen Arbeit in die Inklusions- und Exklusionsverhältnisse des nationalen Wohlfahrtsstaates und der europäischen Migrationspolitik, kritisch zu analysieren sowie nach Möglichkeiten der Überschreitung zu fragen.

Im daran anschließenden Beitrag ordnet *Franz Hamburger* in seinem »nicht nur polemischen« Kommentar *Von der Willkommenskultur zum Schießbefehl* die aktuelle Flüchtlingspolitik in eine übergreifende Perspektive ein, in der deutlich der eklatante Widerspruch zwischen der Beanspruchung demokratischer Prinzipien und der Menschenrechte als Wertegrundlage einerseits, einer an nationalen Eigeninteressen ausgerichteten Wirtschafts-, Migrations- und Flüchtlingspolitik andererseits aufgezeigt wird. Nachdrücklich wird verdeutlicht, wie die gegenwärtigen Debatten auf die globalen Ungleichheitsverhältnisse verweisen. Vor diesem Hintergrund fordert er zu einer nüchternen Betrachtung sowie einer substanziellen ethischen Bewertung jenseits der vereinfachten Positionierungen von »Willkommenskulturellen, politischen ›Realisten‹ und Rassisten jeglicher Art« auf.

Frank-Olaf Radtke entwickelt unter dem Titel *Zwischen Solidarität und Souveränität. Untaugliche Selbstbeschreibungen der Weltgesellschaft* eine grundlegende Aufforderung zur Reflexion, die infrage stellt, dass eine tradierte Denkweise den gegenwärtigen Verhältnissen noch angemessen ist, die nationale Souveränität und menschenrechtliche Solidarität als einen Gegensatz begreift. Vor diesem Hintergrund einer kritischen Analyse wirkungsmächtiger Positionen im Flüchtlingsdiskurs argumentiert er für eine Verschiebung, welche die Herausforderung und Konflikte in der Einwanderungsgesellschaft nicht länger mit einem Vokabular der Rechte und Pflichten fasst, sondern als Ausdruck von Interessen sowie von unterschiedlichen Fassungen der Bereitschaft zur Aufnahme von Zugewanderten zur Diskussion stellt. Dies mit dem Ziel, die offenkundigen Konflikte über den angemessenen Umgang mit erzwungener Migration unter Einbezug von Zugewanderten und Flüchtlingen in einer Form austragen zu können, die »verhandelbarer und kompromissfähiger« ist.

Die Einsichten der umfangreichen historischen Migrationsforschung werden in politischen und medialen Debatten gewöhnlich ignoriert.⁹ Nur deshalb erscheint umfangreiche Zwangsmigration als ein vermeintlich neues und außergewöhnliches Phänomen. In seinem Beitrag *Aus der Geschichte lernen? Zum Erkenntniswert des historischen Beispiels Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Mittel- und Osteuropa* zeigt *Patrice Poutrus* demgegenüber am Fall der Zuwanderung von zwölf Millionen Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg auf, dass diese in ähnlicher Weise konflikthaft und umstritten war wie die gegenwärtige Flüchtlingsmigration. Seine historische Betrachtung mündet in der Folgerung, dass die »Integration von Zuwanderern ein Prozess ist, der nach der unmittelbaren Nothilfe beginnt, der langfristig und gesamtgesellschaftlich angelegt und gefördert werden muss, der dennoch von Krisen und Konflikten begleitet sein wird und Ausdauer und Geduld braucht«.

Elias Steinhilper und *Larissa Fleischmann* rücken die *Ambivalenzen eines neuen Dispositivs der Hilfe* in den Blick, das sich durch die enorme Mobilisierung der Zivilgesellschaft in Reaktion auf die Flüchtlingszuwanderung entwickelt hat. Sie zeigen die Problematik eines humanitär-karitativen Verständnisses von Hilfe bei zivilgesellschaftlichen Akteuren auf und weisen auf dessen politische Implikationen und Nebenwirkungen hin. Darüber hinaus diskutieren sie Möglichkeiten einer Politisierung der Hilfe.

Susanne Johansson und *David Schiefer* geben im Beitrag *Die Lebenssituation von Flüchtlingen in Deutschland – Überblick über ein (bisheriges) Randgebiet der Migrationsforschung* einen Überblick über den Stand der Forschung. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem Wissen über

⁹ Ein fundierter Überblick liegt bei Oltmer (2016) vor.

Bildungsabschlüsse und Kompetenzen, den Zugang zu Arbeit und Ausbildung, die Unterbringungssituation sowie die Gesundheit und Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen. Vor diesem Hintergrund werden erhebliche Beeinträchtigungen der Integrationschancen deutlich, aber auch erhebliche Forschungsdesiderate aufgezeigt: »Wir wissen also lediglich, dass wir noch nicht viel über die Lebenslagen von Flüchtlingen in Deutschland wissen.«

Die Situation von Flüchtlingen wird wesentlich von einem abgestuften System rechtlicher Einschränkungen beeinflusst. In der Form eines Überblicks über zentrale Bestimmungen stellt *David Werdermann* ausgewählte *Rechtliche Grundlagen der Teilhabe und Ausgrenzung von Flüchtlingen* dar. Aufgezeigt wird insbesondere, welche weitreichenden Folgen die unterschiedlichen Aufenthaltstitel für den Zugang zu schulischer, hochschulischer und beruflicher Bildung sowie zum Arbeitsmarkt haben.

Karin Scherschel nimmt den Zusammenhang von Erwerbsarbeit, Flucht und Sozialer Arbeit in den Blick; dies mit dem Fokus auf *Aktivierende Arbeitsmarktpolitik im Asyl- und Flucht Kontext*. Im Zentrum ihrer Überlegungen steht die These, »dass der Flüchtlingsschutz im Kontext dieser arbeitsmarktpolitischen Interventionen durch eine Kommodifizierung der Arbeitskraft von Migrant_innen im Asylkontext geschwächt wird«. In der Entfaltung dieser These wird deutlich, dass Soziale Arbeit sowohl an der Inklusion von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt als auch an ihrer Exklusion beteiligt ist.

Den Kommunen kommt für die Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen ersichtlich eine zentrale Bedeutung zu. *Jutta Aumüller* gibt einen Überblick zu Konzepten und Praktiken, die für die *Kommunale Integration von Flüchtlingen* bedeutsam sind. Aufgezeigt wird, dass die Kommunen trotz der bundes- und landesrechtlichen Vorgaben über relevante Ermessens- und Gestaltungsspielräume bei der Integration von Flüchtlingen verfügen. Kommunale Handlungsansätze werden für die Bereiche Unterbringung und Wohnen, Sprache und Bildung, die Förderung des Arbeitsmarktzugangs sowie der Akzeptanz in der Bevölkerung dargestellt. Als zentrale Herausforderung wird die Entwicklung einer kommunalen Integrationspolitik aufgezeigt, welche »die Integration von Geflüchteten, von Migranten aus EU- und Drittstaaten sowie die Erfordernisse einer nachholenden Integration« zusammenhängend angeht.

Marcus Emmerich, Ulrike Hormel und Judith Jording nehmen in ihrem Beitrag *Des-/Integration durch Bildung? Flucht und Migration als Bezugsprobleme kommunalen Bildungsmanagements* Umgangsweisen mit der Beschulung von Flüchtlingen in den Blick, die sie als unregelmäßige Ad-hoc-Strategien charakterisieren. Sie problematisieren das Konzept einer Seiteneinsteigerbeschulung und zeigen auf, dass dieses in problematischer Weise zu einer Einpassung von Flüchtlingen in die Ungleichheitsstruktur des deutschen Bildungssystems führt. Die Bedeutung der kommunalen Zuständigkeit wird von ihnen deutlich skeptischer beurteilt als im vorstehenden Beitrag von Jutta Aumüller.

Norbert Struck zeigt in seinem Beitrag *Flüchtlinge in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe* die erheblichen Diskrepanzen auf, die zwischen fachlich begründbaren Prinzipien der Kinder- und Jugendhilfe und ihren faktischen Leistungen für geflüchtete Kinder und Jugendliche bestehen. Im Hinblick der rechtlichen Rahmung problematisiert er die erweiterten Ermessensspielräume, die für die Leistungserbringung geschaffen worden sind. In Bezug auf unterschiedliche Handlungsfelder der Kinder- und Jugendhilfe zeigt er Handlungserfordernisse und -perspektiven auf.

Sybille De la Rosa diskutiert in ihrem Beitrag *Soziale Arbeit mit Geflüchteten als politische Praxis und demokratische Entwicklungshilfe* in Anschluss an Alice Salomon die Frage, wie die Soziale Arbeit mit Flüchtlingen in angemessener Weise als eine ethisch verantwortbare Praxis bestimmt werden kann. Diesbezüglich argumentiert sie für eine demokratietheoretische Grundlegung, die eine Chance der Sozialen Arbeit darin sieht, zu einer »Revitalisierung der demokratischen Ordnung« beizutragen.

Niels Espenhorst analysiert in seinem Beitrag *Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in die Kinder- und Jugendhilfe: ein Rückblick auf die letzten zehn Jahre* die eingetretenen Entwicklungen. Er verdeutlicht, dass durch eine kompetente Lobbyarbeit die Bedingungen in diesem Arbeitsfeld erheblich verbessert werden konnten. Vor diesem Hintergrund zeigt er auf, dass die im Jahr 2015 erneut veränderte Gesetzeslage mit der Folge einer dezentralen Unterbringung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge eine erhebliche Gefährdung der erreichten fachlichen Standards darstellt.

Sebastian Muy analysiert auf der Basis einer empirischen Studie *Interessenkonflikte Sozialer Arbeit in Sammelunterkünften gewerblicher Träger*. Im Zentrum stehen dabei Konflikte zwischen dem Anspruch von Sozialarbeiter/innen auf angemessene Unterstützung ihrer Adressat_innen einerseits und den Wirtschafts- und Kontrollinteressen der kommerziellen Träger von Sammelunterkünften andererseits.

Literatur

- Balibar, E., 2016: Europa: Krise und Ende? Münster
Bauman, Z., 2007: Flüchtige Zeiten. Leben in der Unge-
wissheit. Hamburg
Castles, S., 2003: Towards a Sociology of Forced Migration
and Social Transformation. In: Sociology, Vol. 77, Bo.
1, pp.: 13-34
Fiddian-Qasmiye, E. et al., 2015: The Oxford Handbook
of Refugee and Forced Migration Studies. Oxford
Lüders, M., 2016: Wer Wind säht. Was westliche Politik
im Orient anrichtet. München
Oltmer, J. (Hrsg.), 2016: Handbuch Staat und Migration in
Deutschland seit dem 17. Jahrhundert. Oldenbourg

Albert Scherr

Sozialstaat, Soziale Arbeit und die Grenzen der Hilfe

»Es ist nicht mehr möglich, Freiheit und Demokratie nur in einem Staat oder einer Gruppe von Staaten zu sichern. In einer Welt voller Ungerechtigkeit, in der Milliarden von Menschen ein menschenwürdiges Leben verwehrt wird, wird die Verteidigung von Freiheit und Demokratie zwangsläufig genau die Werte korrumpieren, die zu verteidigen man ausgezogen ist. Die Zukunft von Freiheit und Demokratie kann nur auf globaler Ebene gesichert werden – oder überhaupt nicht.« (Bauman, 2008: 43)

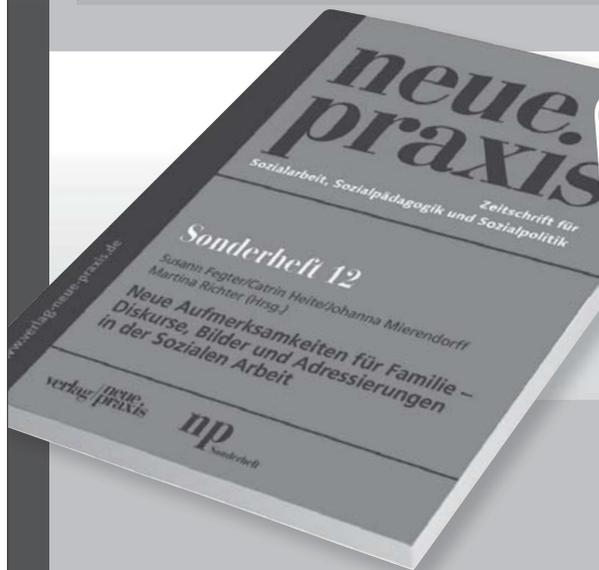
Die gegenwärtige Flüchtlingsmigration und darauf bezogene gesellschaftspolitische Kontroversen fordern auch die Soziale Arbeit zu einer Positionsbestimmung heraus. Denn Soziale Arbeit ist nicht jenseits der Konflikte um die Frage nach einem angemessenen, politisch und menschenrechtlich vertretbarem Umgang mit Flüchtlingen situiert, sondern unabweisbar in diese verstrickt. Dies wird schon daran deutlich, dass ihr politisch und rechtlich die Aufgabe zugewiesen ist, Hilfeleistungen für Flüchtlinge zu erbringen; ihre Zuständigkeit entsteht jedoch erst dann, wenn Flüchtlinge es schaffen, das Territorium Deutschlands lebend zu erreichen: Soziale Arbeit kann ihre Leistungen auch deshalb nur für diejenigen Flüchtlinge bereitstellen, die legale oder sonstige Zugangsmöglichkeiten zum Staatsgebiet finden, da in ihren Herkunftsländern gewöhnlich keine oder nur minimale Leistungen des Sozialstaates und der Sozialen Arbeit erreichbar sind. Zudem ist das grundlegende Prinzip der staatlich-politischen Regierung von Flüchtlingsmigration – die Unterscheidung zwischen denen, die als »wirkliche« Flüchtlinge anerkannt werden und denjenigen, denen die Anerkennung als legitime Flüchtlinge verweigert wird bzw. verweigert werden soll – für die Soziale Arbeit folgenreich: Soziale Arbeit ist also in die Inklusions-/Exklusionsordnung der nationalstaatlichen und der europäischen Flüchtlingspolitik verstrickt. Von der Sozialen Arbeit wird sowohl ein Beitrag zur Förderung der *Inklusion* von anerkannten Flüchtlingen und von Flüchtlingen mit guter Bleibeperspektive erwartet (insbesondere in das Bildungssystem, den Arbeitsmarkt und den Wohnungsmarkt), aber auch zum *Management der Lebensbewältigung unter den Bedingungen relativer Exklusion* in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften sowie nicht zuletzt auch die *Mitwirkung an Exklusionsprozessen*, d.h. an der erzwungenen Ausreise abgelehnter Flüchtlinge, die sich durch eine forcierte Abschiebepolitik vollzieht, die im Sinne eines Orwellschen New Speak als »integriertes Rückkehrmanagement« bezeichnet wird und auch die sogenannten »freiwilligen Ausreisen« umfasst.¹

Ein naives Selbstverständnis als »Hilfe für Hilfsbedürftige« und positive normative Selbstbeschreibung, z. B. als Menschenrechtsprofession, sind deshalb auch im Bereich der Sozialen Arbeit mit Flüchtlingen unzureichend. Im Hinblick auf ihre Bedeutung für den gesellschaftlichen Umgang mit Flüchtlingen ist vielmehr eine grundsätzlichere, gesellschaftspolitisch fundierte Klärung des Selbstverständnisses Sozialer Arbeit erforderlich.

¹ Die Verstrickung der Sozialen Arbeit mit Flüchtlingen in die Inklusions-/Exklusionsordnung der Flüchtlingspolitik wird in Scherr (2016) näher dargestellt. Zur Thematik Abschiebungen s. Scherr (2015 c). Ob die Mitwirkung Sozialer Arbeit an der sog. Rückkehrberatung fachlich rechtfertigbar ist, wäre eigenständig zu diskutieren. Dies ist jedenfalls dann nicht der Fall, wenn Flüchtlingen von Sozialarbeiter_innen davon abgeraten wird, ihre Rechtsansprüche auszuschöpfen. Fälle, in denen dies geschieht, sind dem Verfasser bekannt geworden.

- Dr. phil. Jutta Aumüller, Politikwissenschaftlerin, Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI), Berlin; jutta.aumueller@desi-sozialforschung-berlin.de
- Prof. Dr. Sybille De La Rosa, Politikwissenschaftlerin, Institut für Politische Wissenschaft, Universität Heidelberg; sybille.delarosa@ipw.uni-heidelberg.de
- Prof. Dr. Marcus Emmerich, Sozialwissenschaftler, Fachhochschule Nordwestschweiz/Pädagogische Hochschule, Institut Sekundarstufe I und II; marcus.emmerich@fhnw.ch
- Niels Espenhorst, Diplom-Sozialwissenschaftler, Referent beim Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge; n.espenhorst@b-umf.de
- Larissa Fleischmann, wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Lehrstuhl für Ethnologie und Kulturanthropologie der Universität Konstanz; larissa.fleischmann@uni-konstanz.de
- Prof. i.R. Dr. Franz Hamburger, Erziehungswissenschaftler, Universität Mainz und Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V.; franz.hamburger@uni-mainz.de
- Prof. Dr. Ulrike Hormel, Sozialwissenschaftlerin, Pädagogische Hochschule Ludwigsburg, Institut für Sozialwissenschaften; hormel@ph-ludwigsburg.de
- Susanne Johansson, Erziehungswissenschaftlerin, ehemalige Leiterin der Fachgruppe »Politische Sozialisation und Demokratieförderung« am Deutschen Jugendinstitut e.V., aktuell Forschungsaufenthalt in den USA; s.johansson.35039@gmail.com
- Judith Jording, Sozialwissenschaftlerin, Pädagogische Hochschule Ludwigsburg, Institut für Sozialwissenschaften; jording@ph-ludwigsburg.de
- Sebastian Muy, Sozialarbeiter, Beratungs- und Betreuungszentrum für junge Flüchtlinge und Migrant_innen Berlin (BBZ); s.muy@kommmitbbz.de
- Dr. phil. Patrice G. Poutrus, Historiker, Franz Vranitzky Chair for European Studies, Universität Wien; patrice.poutrus@univie.ac.at
- Prof. i.R. Dr. Frank-Olaf Radtke, Institut für Allgemeine Erziehungswissenschaft, Fachbereich Erziehungswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität; f.o.radtke@em.uni-frankfurt.de
- Prof. Dr. Albert Scherr, Soziologe, Institut für Soziologie der Pädagogischen Hochschule Freiburg; scherr@ph-freiburg.de
- Prof. Dr. Karin Scherschel, Soziologin, Fachbereich Sozialwesen, Hochschule RheinMain; karin.scherschel@hs-rm.de
- Dr. David Schiefer, Psychologe, Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR); schiefer@svr-migration.de
- Elias Steinhilper, Lehrbeauftragter am Seminar für Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg i.Br. und Doktorand an der Scuola Normale Superiore in Florenz (Italien); elias.steinhilper@student.hu-berlin.de
- Norbert Struck, Dipl. Pädagoge, Jugendhilfereferent beim Paritätischen Gesamtverband; jugendhilfe@paritaet.org
- David Werdermann, Jurist; david.werdermann@mailbox.org
- Gökçen Yüksel, Soziologin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Pädagogischen Hochschule Freiburg; emine.yueksel@ph-freiburg.de

Sonderheft 12



Mit dem Erwerb der Printausgabe erhalten Sie einen **kostenlosen Zugang** zu diesem Heft über

die **App**
Verlag neue Praxis



neue praxis Sonderheft 12

Zeitschrift für Sozialarbeit,
Sozialpädagogik und Sozialpolitik

Einzelheft € 22,-

für AbonnentInnen der np € 18,-

ISBN 978-3-9810815-7-2

Das np-Sonderheft setzt sich kritisch mit den aktuellen Forschungen zu Familie in der Sozialen Arbeit im Hinblick auf ihre Erkenntnisse und Ergebnisse für Theorie und Praxis auseinander. In den Beiträgen zeigt sich die besondere Bandbreite sozialpädagogischer Forschung, die Familie und Elternschaft in verschiedenen Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe zum Gegenstand haben. Ziel des np-Sonderheftes ist die Sichtbarmachung von Bildern und Diskursen zu Familie, die als normative Bezugspunkte sozialpädagogischer und politischer Programme gelten und (neue) Aufmerksamkeiten in der Sozialen Arbeit erfordern. Ebenso rücken die professionellen und privat-familialen Praxen der Herstellung und Adressierung von Eltern in unterschiedlichsten familialen Konstellationen in den Blick und werden auf ihre Wirkmächtigkeit hin befragt.

Mit Beiträgen von:

Jan Albracht, Zoi Athanassiadou, Petra Bauer, Karin Böllert, Claudia Buschhorn, Sarah Dionisius, Florian Eßer, Matthias Euteneuer, Stefan Faas, Susann Fegter, Catrin Heite, Anna Hontschik, Onno Husen, Fabian Kessler, Nicole Koch, Stefan Königeter, Sandra Landhäusser, Johanna Mierendorff, Frank Mücher, Sascha Neumann, Marion Ott, Marion Pomey, Martina Richter, Bettina Ritter, Kim-Patrick Sabla, Philipp Sandermann, Stephan Sting, Uwe Uhlendorff, Hannes Ummel, Ulrike Urban-Stahl, Christine Wiezorek, Michael Winkler und Meike Wittfeld.

Herausgegeben von:

Susann Fegter, Technische Universität Berlin
Catrin Heite, Universität Zürich
Johanna Mierendorff, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Martina Richter, Universität Duisburg-Essen

verlag | neue praxis

Zu bestellen über Ihre Buchhandlung oder direkt beim Verlag:
Verlag neue praxis GmbH • Lahneckstraße 10 • 56112 Lahnstein
Telefon 02621.187159 • Telefax 02621.187176
info@verlag-neue-praxis.de • www.verlag-neue-praxis.de

Die digitale neue praxis – np-online



verlag
neue
praxis

Ihre Vorteile der App

- Lesen Sie die aktuelle Ausgabe der np breits 10 Tage vor Auslieferung der Printausgabe
- Kostenlose Digital-Ausgabe Ihres Abos
- Alle np-Ausgaben Ihres Abos in einer App
- Volltextsuche in den Ausgaben

Um die **Vorteile** der **kostenlosen App** nutzen zu können, **senden Sie uns bitte Ihre E-Mail-Adresse an info@verlag-neue-praxis.de**

Sie erhalten dann Ihre Zugangsdaten zur App.

Erhältlich im
App Store

JETZT BEI
Google play

Zusätzlich können Sie das np-Archiv ab 2010 exklusiv und kostenlos nutzen!

Sichern Sie sich einen Zugangscode über eine Anfrage beim Verlag.

Mehr Informationen über den np-Online-Shop erhalten Sie unter:
www.neue-praxis-shop.de

np-Online-Archiv



Printausgabe

App

verlag **neue
praxis**

Verlag neue praxis GmbH • Lahneckstraße 10 • 56112 Lahnstein
Telefon 02621.187159 • Telefax 02621.187176
info@verlag-neue-praxis.de • www.verlag-neue-praxis.de

Das Sonderheft leistet einen Beitrag zur Fundierung der Debatte über die Herausforderungen, mit denen Sozialstaat und Soziale Arbeit infolge der Zuwanderung von Flüchtlingen konfrontiert wird. Ausgehend von einer Analyse der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wird der Widerspruch zwischen dem Selbstverständnis Sozialer Arbeit als Hilfe und ihren Verstrickungen in die Strukturen des nationalen Wohlfahrtsstaates aufgezeigt: Flüchtlinge sind auf soziale Hilfen in besonderer Weise angewiesen, ihre Ansprüche auf Hilfen werden jedoch durch politische und rechtliche Festlegungen begrenzt und hierarchisiert. Damit stellt sich für die Soziale Arbeit als Disziplin und Profession die Herausforderung nach einer Positionsbestimmung. Dies sowohl in Bezug auf den politischen Diskurs wie auch für die Erfordernisse einer fachlich vertretbaren Praxis in ihren Arbeitsfeldern.

Unter Bedingungen fortschreitender Globalisierung erweist sich dabei eine nationalstaatliche Rahmung der Theorie und Praxis Sozialer Arbeit als unzureichend. Denn durch Flüchtlinge werden auch Sozialstaat und Soziale Arbeit mit den negativen Folgen einer Globalisierung konfrontiert, die weder zur Überwindung ökonomischer Ungleichheiten zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden, noch zur Ausbreitung von Demokratie und Menschenrechten geführt hat. Daraus resultiert eine unabweisbare Bewährungsprobe auch für die Soziale Arbeit.

Mit Beiträgen von:

Jutta Aumüller, Sybille De La Rosa, Marcus Emmerich, Niels Espenhorst, Larissa Fleischmann, Patrice G. Poutrus, Franz Hamburger, Ulrike Hormel, Susanne Johansson, Judith Jording, Sebastian Muy, Frank-Olaf Radtke, Albert Scherr, Karin Scherschel, David Schiefer, Elias Steinhilper, Norbert Struck, David Werdermann, Gökçen Yüksel

Herausgegeben von:

Albert Scherr/Gökçen Yüksel